Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Wochenblatt. 1829-1920
1920

77 (7.4.1920)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegr. 1829)

mit den Amtl. Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich vierteljährl. 6 M, monatl. 2 M, Einzelnummer u. Belegblatt 10 ₰.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204.

Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 ₰, Reklamezeile 1.50 M dazu 20 % Teuerungszuschlag. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachmittags 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vormittags.

Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.

Nr. 77. Mittwoch, den 7. April 1920. 91. Jahrgang.

Tagesschau.

Nach der „Voss. Ztg." erklärte Reichskommissar Severing noch einen Zeitraum von etwa 6 Tagen für erforderlich, um die Säuberungsaktion im Ruhrgebiet durchzuführen.

Nach dem „B. T." ist der nördliche Teil des Ruhrgebiets von der Reichswehr besetzt. Am 1. Feiertag gab es blutige Verluste bei Botrop. Russische Offiziere sind an und hinter der Front tätig. Der Herd der Unruhen ist jetzt Essen.

Das „B. T." meldet aus Wesel, die Verpflegung des Ruhrgebiets, die der Truppe unmittelbar folgt, ist organisiert. Auch die von Holland aufgehaltenen Kartoffelsendungen für Deutschland sind wieder im Gange.

Millerand hat am Sonntag abend an den deutschen Geschäftsträger Mayer ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß er am Samstag die sofortige Zurückziehung der Truppen im Ruhrgebiet dringend verlangt und erklärt habe, Frankreich könne keine Abweichung vom Artikel 44 des Versailler Vertrags gestatten. Er fügte hinzu, es sei amtlich festgestellt worden, daß die Zahl der Truppen im Ruhrgebiet die erlaubte Stärke überschreite, daß Reichskommissär Severing volle Handlungsfreiheit für ihre Verwendung im Ruhrgebiet habe und daß der Angriff der Reichswehr am 2. April begonnen habe. Er stelle fest, daß die deutsche Regierung dadurch den Artikel 44 verletzt habe, was einen feindlichen Akt bedeute, der den Frieden der Welt bedrohe. Millerand erklärte, er werde später die Entscheidung Frankreichs zur Kenntnis bringen.

„Agence Havas" meldet, die französischen Truppen werden am Dienstag morgen Frankfurt a. M. besetzen. Einige Einheiten haben bereits den Anmarsch angetreten. Der „Temps" meldet weiter, daß im französischen Abschnitt Truppenbewegungen bevorstehen. (Nach Mitteilungen des Postamts haben die Franzosen vergangene Nacht 3 Uhr Frankfurt besetzt.)

Es verlautet, daß die Ausschreitungen in Irland auf Grund eines groß angelegten Planes erfolgten. Bisher wurden etwa 60 Polizeistationen durch Feuer und Sprengstoff zerstört. 22 Einkommensteuerämter, darunter die von Dublin, wurden überfallen und wichtige Dokumente geraubt.

Nachdem eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzielt wurde, wurde der Generalstreik für Dänemark abgesagt.

Die Kämpfe im Ruhrgebiet.

Die Lage im Ruhrgebiet an den Ostertagen.

T.U. **Berlin**, 5. April. Aus dem Ruhrgebiet liegen an den Berliner Nachrichtenstellen keine neuen Meldungen vor. Das hat teils in der durch das Osterfest veranlaßten Arbeitsruhe, teils in den umfangreichen Fernsprechleitungsstörungen nach allen Städten des Industriegebiets seine Ursache. Aus **Düsseldorf** verlautet, daß sich dort **die Lage einstweilen noch nicht geklärt** hat. Die Gewalt liegt in den Händen des Vollzugsrates, wobei allerdings nicht gesagt ist, welcher Färbung dieser Vollzugsrat angehört. Anzunehmen ist, daß es sich um den von den drei sozialistischen — einschließlich des rechten Flügels — Parteien eingesetzten Ausschuß handelt, dem die Duisburger Kommunisten am Samstag ihre Forderungen nach Lebensmitteln und Munition überreichten. Ueber die Ereignisse vor den Feiertagen ist noch nachzutragen: Nachdem am Gründonnerstag abend die Remscheider Arbeiterschaft den Abbruch des Generalstreiks beschlossen hatte, alarmierte eine Rotte Spartakisten, denen der Beschluß nicht zusagte, durch Gewehrschüsse die Arbeitersicherheitswehr, um sie für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Dieses gelang den Spartakisten aber nicht. Sie vollführten dann mit ihren Gewehren stundenlange wüste Schießereien und drangen in die Stadtkirche ein. Dort läuteten sie mit allen Glocken Sturm. Gegen Mitternacht gelang es, dem gefährlichen Unfug, durch den die Bürgerschaft in größte Erregung versetzt worden war, ein Ende zu machen. Aus **Köln** wird gemeldet: **Dem Zentralrat und dem Vollzugsrat in Essen ist die gesamte vollziehende Gewalt entrissen.** Es haben sich aus allen Teilen der Roten Armee zweifelhafte Elemente zu bewaffneten Horden gebildet, die sich beim Verkauf von großen Massen Lebensmitteln, z. B. 200 000 Eiern zum Preise von 70 Pf. pro Stück und größeren Mengen Fischen, ungeheuere Geldsummen verschafften und unter sich verteilten. Es gibt keine Behörde in Essen, die als vollziehende Macht gilt. Die Arbeiterschaft hofft aber bald dieser Banden Herr zu werden.

Vorrücken der Regierungstruppen.

W.T.B. **Berlin**, 3. April. Nach eingelaufenen Nachrichten werden in **Bochum, Neuenburg, Heiligenhaus** und anderen vergleichen Orten die Waffen abgegeben. **Dortmund** weigert sich immer noch, die Waffen abzuliefern. Anscheinend liegt es daran, daß dem kommunistischen Führer Mainberg die Massen völlig aus der Hand **geglitten sind.** Heute morgen erhielten die Truppen den Befehl zum **Vorrücken.** Der östliche linke Flügel steht bei **Larnac**, der westliche bei **Duisburg**, dessen Besetzung durch die Reichswehr heute abend beendet sein wird. In **Recklinghausen** ist das einrückende Militär von der Bevölkerung mit Jubel empfangen worden. Heute wird Recklinghausen von der Reichswehr nach Waffen abgesucht. Von der Bevölkerung Recklinghausens, die 62 000 Seelen zählt, waren nur 200 den roten Banden angegliedert. Bei **Essen** und in der Umgebung von Essen wird durch die flüchtenden Banden **großer Terror ausgeübt.** Die Beamten sind nicht in der Lage, auf den Bergwerken die Notstandsarbeiten auszuführen. Das Essener Arbeitsamt und die öffentlichen Kassen wurden gestürmt, doch hielten in letzteren die Tressors den Angriffen stand. In den Schuhwarengeschäften erscheinen Leute mit Ausweisen aller Art und nehmen Schuhe und behaupten, die Stadtverwaltung löse die Ausweise ein. In **Mülheim** sind 500 000 M. von der Stadtkasse erpreßt worden, angeblich zur Löhnung der Reichswehrtruppen auf den Zechen. In **Wiese** ist eine größere Menge Dynamit entwendet worden. Die Reichswehr hat **Oberhausen besetzt.** Der Vollzugsrat ist geflohen. Aus **Karnac** sind die roten Truppen hinter den Rhein-Herne-Kanal zurückgegangen. In **Düsseldorf** befürchtet man Terror durch die rückflutenden roten Banden. In **Bochum** ist die Lage ruhig. Die Waffenabgabe geht vor sich. Plünderungen sind bisher nicht vorgekommen. Es herrscht **große Lebensmittelknappheit.** An rationierten Lebensmitteln sind in dieser Woche 2 Pfund Brot und 4 Pfund Kartoffeln verteilt worden. Besonders knapp ist die Milchzufuhr.

Die Reichswehrtruppen in Duisburg eingerückt.

W.T.B. **Düsseldorf**, 3. April. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die **Reichswehrtruppen** heute nachmittag vor 3 Uhr in **Duisburg eingerückt.** Die Düsseldorfer Sicherheitswehr hält die zurückflutenden roten Truppen außerhalb der Stadtgrenze in den Zufahrtsstraßen auf und veranlaßt ihre Umleitung ohne Berührung mit der Stadt.

Die Vollzugsräte erkennen das Bielefelder Abkommen an.

T.U. **Essen**, 6. April. Die Vollversammlung der Vollzugsräte des rheinisch-westfälischen Industriebezirks beschlossen auf Grund der Verhandlungen in Münster **die Anerkennung und sofortige Ausführung der Bielefelder Vereinbarungen.** Die Leitung der Roten Armee hat erklärt, daß sie sich diesem Beschluß unterwerfe und für sofortige Durchführung sorgen werde. Weiter wurde **der Abbruch des Generalstreiks beschlossen,** wobei erklärt wird, die Arbeiterschaft werde sofort wieder zum Kampfe aufrufen, wenn die Regierung nicht die von ihr übernommenen Verpflichtungen erfülle, insbesondere, wenn es ihr nicht gelingen werde, den Truppenbewegungen gegen das Industriegebiet Einhalt zu gebieten. In einer weiteren Entschließung des Zentralrates wird ausgeführt, **das Bielefelder Abkommen schließe die Auflösung der politischen Räte nicht in sich.** Die Funktionen, die sie während des Kampfes gehabt haben, hören auf, aber **alle politischen Räte bestehen weiter.** Weiterhin soll der Zentralrat ausgebaut werden, **den Arbeiterräten sollen** ohne Unterschied der Partei auch Beamte angehören. **Die Vollzugsräte wählen wieder den Zentralrat.** Der Antrag des Zentralrates geht dahin, der Zentralrat für das Industriegebiet ist zusammenzusetzen aus 18 Mitgliedern der Vollzugsräte, je einem Vertreter der 3 politischen Parteien der Arbeiterschaft, der Aktionskomitees, der freien Gewerkschaften, der Arbeiterorganisationen, der genossenschaftlichen Organisationen und der Eisenbahner des Industriegebiets. Im Laufe der Verhandlungen wurde von verschiedenen Rednern betont, **man müsse vielleicht bald wieder zu den Waffen greifen,** um der Reaktion den letzten Schlag zu versetzen. Die Waffenabgabe könne nach dem Bielefelder Abkommen so geregelt werden, daß **die abgegebenen Waffen für das revolutionäre Proletariat sofort greifbar bleiben.** Die Entschließung wurde, obwohl eine Anzahl Redner zuerst dagegensprachen, **einstimmig angenommen.**

Die Haltung Frankreichs.

W.T.B. **Berlin, 6. April.** Obwohl die deutsche Regierung wiederholt in Paris die dringendsten Gründe darlegen ließ, die sie gezwungen habe, die Polizeiaktion im Ruhrgebiet zu unternehmen, ist es ihr bisher nicht gelungen, das Einverständnis der französchen Regierung mit dem Einmarsch zu erzielen. Millerand hat der deutschen Regierung eine Note zugehen lassen, in der auf die besonders feierliche Fassung des Artikels 44 des Versailler Vertrags hinweist, der jeden Verstoß Deutschlands gegen die sich mit der neutralen Zone befassenden Artikel 42—44 als feindselige Handlungen betrachtet und als Versuch der Störung des Weltfriedens. Demgegenüber wird seitens der deutschen Regierung festgestellt, daß durch die Truppen im Ruhrgebiet das uns für die neutrale Zone zugestellte Kontingent nicht erreicht werde. Insgesamt seien 17 500 Mann zugebilligt. Im Industriegebiet befänden sich z. Zt. 13 500 Mann, in der übrigen neutralen Zone 3500 Mann. Es wurde Millerand mitgeteilt, daß die Aktion in 6 Tagen beendet sein werde.

Kleine politische Nachrichten.

Kommunisten-Taten. Samstag früh trafen ungefähr 100 bewaffnete Mannschaften des Kommunistenführers Hoelz im Automobil aus Falkenstein in Plauen ein. Sie besetzten die Zugänge zum Rathaus und ließen Plakate anschlagen, worin alle Fabriken und großen Geschäftshäser aufgefordert werden, sich zu einer Besprechung zur Herbeischaffung der Geldmittel für die Rote Garde nachmittags 3 Uhr im Cafe Trömmel einzufinden. Alle Nichterscheinenden hätten schwere Strafen zu gewärtigen. Ferner wurden alle Einwohner aufgefordert, bis nachmittags 6 Uhr die Waffen abzuliefern. Zuwiderhandelnde würden erschossen werden.

30 000 Mark für die Ergreifung von Hölz. Da es noch immer nicht gelungen ist, den durch seine Raubzüge und Gewalttätigkeiten berüchtigten Kommunistenführer Hölz in Falkenstein im Vogtland zu ergreifen, hat der Staatsanwalt beim Oberlandesgericht in Dresden die auf seine Ermittlung und Ergreifung ausgesetzte Belohnung von 6000 Mark auf 30 000 Mark erhöht.

Abtransport der Truppen aus Thüringen. Nach Aufhebung des Belagerungszustandes über Thüringen durch den Reichspräsidenten ist am gestrigen Tage mit dem Abtransport der Truppenteile begonnen worden. Zuerst werden die Zeitfreiwilligenverbände in ihre Aufstellungsorte zurückgeführt.

Große Erregung im Saargebiet. Die „Saarzeitung" meldet: Im Saargebiet ist infolge der Unzufriedenheit der Arbeiter und Bürgerschaft über die Maßnahmen der französischen Behörden die Erregung auf das Höchste gestiegen. An der Spitze der „Saarzeitung" erschien ein Aufruf, welcher zur Ruhe und Besonnenheit angesichts des großen Ernstes der Lage ermahnt.

Ein Oberbergamt im Saargebiet. Ein Oberbergamt mit dem Sitze in Saarbrücken ist gemäß Erlaß des Regierungskommissärs für das Saargebiet errichtet worden. Zum Leiter desselben ist der Ingenieur Frantze ernannt worden. Er erhält die Stelle eines Berghauptmanns und hat seine Dienstgeschäfte bereits übernommen.

Das Schicksal der von Brasilien beschlagnahmten Schiffe. Das Pariser „Journal" meldet, daß der Erwerb der von Brasilien beschlagnahmten deutschen Schiffe durch einen Ausschuß von französischen Reedern geregelt worden sein soll. Der Preis soll 26 Millionen Dollars betragen. Nach dem jetzigen Wechselstand ist dies eine Summe von etwa 370 Millionen Franken.

Ein internationales Polizeikorps. Nach Meldungen französischer Blätter sollen Vorbesprechungen zwischen den verschiedenen Regierungen im Gange sein, um ein internationales Polizeikorps von beträchtlicher Stärke zu sammeln, das zum Dienste in allen Ländern bereit sein müßte.

Tirol und Italien. Wie dem „Neuen Wiener Tagblatt" aus Rom telegraphisch mitgeteilt wird, besteht in dortigen Parlaments- und politischen Kreisen gegenwärtig eine Strömung, die dahin geht, ein Bundesverhältnis Tirols mit Italien nach Art des Bundesverhältnisses des Fürstentums Monaco zu Frankreich als wirtschaftpolitische und Zollgemeinschaft herbeizuführen. In den oben erwähnten Kreisen glaubt man, dadurch die Reibungsfläche zwischen Deutschland und Italien fortschaffen zu können. In einzelnen Kreisen der Regierung steht man diesem Gedanken nicht unfreundlich gegenüber.

Die Unabhängigkeit Fiumes. Aus Triest wird gemeldet, daß am 31. März d'Annunzio den Nationalrat einberufen hat und daß er in Gegenwart der vom Volke gewählten Versammlung die Unabhängigkeit Fiumes erklärte, sowie dessen Konstituierung als freier und souveräner Staat. Dieser Beschluß wurde offiziell der italienischen Regierung mitgeteilt.

Kammerwahlen in Sofia. Bei den Kammerwahlen wurden gewählt: 113 Agrarier, 48 Kommunisten, 34 Demokraten, 15 Nationale, 7 Sozialisten, 7 Fortschrittler, 6 Radikale, 8 Liberale und 3 Rhenadiewisten. Die Agrarier gewinnen 27 Sitze, die Sozialisten verlieren 30. Die Blätter sehen eine tiefgehende Umformung des gegenwärtigen Kabinetts voraus.

Hoover Präsidentschaftskandidat. Wie die „Times" aus Newyork meldet, ist Hoover bereit, für die Präsidentschaft zu kandidieren, unter der Bedingung, daß die Demokratische Partei ebensowenig reaktionäre wie radikale Innenpolitik verfolge und sich für den Friedensvertrag einsetzt. — In einem Telegramm, das Hoover an die Republikanische Partei von Kalifornien richtete, erklärte er sich zur Annahme einer Kandidatur für die kommende Präsidentschaftswahl bereit. Gleichzeitig erklärte er sich für den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund unter dem Vorbehalt der Aufrechterhaltung der Interessen Amerikas und seiner Traditionen.

Amerika schickt keinen Vertreter nach Rußland. Das Bureau des Völkerbundes hatte kürzlich die Regierung der Vereinigten Staaten ersucht, einen amerikanischen Vertreter

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

für die nach Rußland gehende Untersuchungskommission zu bezeichnen. Die Vereinigten Staaten haben darauf geantwortet, daß sie nicht wünschen, in dieser Kommission vertreten zu sein.

Kämpfe zwischen Japanern und Bolschewisten. Der Korrespondent eines japanischen Blattes meldet, daß die Japaner bei Zusammenstößen mit Bolschewisten bei Nikolajewsk am 18. und 19. März schwere Verluste erlitten hätten. Das japanische Konsulat sei in Brand gesteckt worden; das ungewisse Schicksal des japanischen Konsuls bereitet Sorge.

Drahtnachrichten.

Der Rote Schrecken.

W.T.B. **Berlin**, 6. April. **Duisburg** hat seit Einmarsch der Reichswehr sein normales Aussehen wieder angenommen. In **Düsseldorf** hat eine Bande versprengter roter Gardisten am Ostersonntag die Infanteriekaserne völlig ausgeplündert. Sämtliche Räuber wurden festgenommen. Die Lage ist jetzt normal. Das B.T. meldet aus **Hamm** Einzelheiten über den roten Terror. In **Felkum** wurde eine 22jährige Tochter eines Landwirts erschossen. In **Land-Bochum** wurde ein Landwirt durch einen Bauchschuß schwer verletzt, ein anderer Einwohner erschossen. Plündernde erzwangen mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe von Lebensmitteln und Geld. Auch Arbeiterfamilien wurden nicht geschont, nomentlich solche, deren Männer geflüchtet waren, um nicht in die rote Armee eingestellt zu werden. Die Verluste der Roten Armee bei Felkum betragen über 300 Tote. In **Essen** demolierte der Mob die Konfektions-, Schuhwerk- und Lebensmittelgeschäfte. Der Schaden beträgt über 100 000 Mark. Von der Postverwaltung wurden mit vorgehaltenem Revolver 120 000 M. erpreßt. Die Post- und Telegraphenbeamten traten in den Proteststreik. Der nach Barmen geflüchtete Essener Zentralrat hat erklärt, daß er seine Truppen nicht mehr in der Hand habe. Die Zugänge Mülheims nach Oberhausen und Duisburg zu sind von den Bolschewisten besetzt. **Die Reichswehr** steht jetzt **nördlich Botrop**, das noch nicht besetzt ist, **östlich von Dortmund**, in das die ersten Abteilungen soeben eingezogen sind. Die Truppen gehen in der Linie Lünen-Kamen gegen überlegene Abteilungen der Roten Armee vor. Auch im Landkreis **Hörde** schreitet die Reinigung vorwärts. Der Bahnhof **Wickede** wurde von den Roten gestürmt. In **Dortmund** wurden erhebliche Plünderungen ausgeführt, in **Essen** nehmen sie ihren Fortgang. Die Konsumanstalt von Krupp wurde gestern abend ausgeraubt.

Russische Hand im Spiele!

T.U. Kopenhagen, 6. April. Das Londoner Exchange-Telegraphenbureau meldet aus Paris: In Ruhrgebiet wurden Dokumente in russischer Sprache aufgefunden, aus denen hervorging, daß der Plan eines allgemeinen Kommunistenaufstandes in ganz Deutschland von langer Hand vorbereitet und bereits bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet worden war. Der Aufstand sollte gleichzeitig in ganz Deutschland ausbrechen, sobald Frankfurt am Main und Stuttgart von den Kommunisten genommen wären.

Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich.

T.U. Basel, 6. April. Der Berliner Korrespondent der „Basler Nachrichten" erfährt von unterrichteter Seite, daß demnächst in Paris die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich beginnen. Die deutschen Delegierten sind bereits in Paris eingetroffen. In gewissen Fragen sollen **die Franzosen zu Konzessionen bereit sein**, vor allem in der Frage der Einfuhrliste, von der Deutschland eine beträchtliche Anzahl von Luxusartikeln gestrichen wünscht. **Die deutschen Unterhändler** werden auch verlangen, daß die Deutschen **endlich Rohmaterialien** erhalten. Auch die berechtigten Klagen der deutschen Regierung über **das Loch im Westen**, das der deutschen Wirtschaft einen unermeßlichen Schaden zugefügt habe, sollen **endlich berücksichtigt werden.** Die interalliierte Kommission hat zugestimmt, daß die deutschen Zollbehörden ihre Tätigkeit in den besetzten Gebieten wieder aufnehmen und die Militärbehörden sind angewiesen worden, für die Durchführung dieser Bestimmung Sorge zu tragen. Auch soll **gegen die Korruption unter den untergeordneten militärischen Stellen der Besatzungstruppen aufs schärfste vorgegangen werden.**

Die Unzufriedenheit der Elsaß-Lothringer.

W.T.B. **Genf**, 6. April. Im Namen der elsaß-lothringischen Abgeordneten hat ein Abgeordneter bei Millerand angefragt, ob er bereit sei, in der Kammer auf eine Anfrage über die Lage in **Elsaß-Lothringen** zu antworten. **Millerand** hat das **abgelehnt.** Der Grund **zur Unzufriedenheit** der Elsaß-Lothringer ist in dem Verhalten der französischen Behörden während des letzten Streikes zu suchen. Die Elsaß-Lothringer beklagen sich unter anderem darüber, daß in **Straßburg** am Tage der Erklärung des Generalstreikes der Pöbel stundenlang ungestraft die **Läden plündern** konnte. In **Kolmar** hat während dreier Tage eine Art von **Sowjetregierung** geherrscht. In **Mülhausen** haben die Linksradikalen einen ihrer Gegner gehängt. Auf die ablehnende Antwort hin hat sich eine Abordnung der Elsaß-Lothringer zu Millerand begeben, um ihn zu fragen, welche Maßnahmen er gegen die Wiederkehr dieser Vorkommnisse zu ergreifen gedenke.

Eine Arbeiterrevolution in Frankreich am 1. Mai?

T.U. Amsterdam, 6. April. Der Berichterstatter der „Daily News" meldet, daß offenbar verschärfte Anstrengungen gemacht würden, um am 1. Mai in Frankreich eine Arbeiterrevolution herbeizuführen.

T.U. Paris, 6. April. Der Landesverband der Arbeiterorganisationen nahm am Mittwoch eine Entschließung an, in welcher für den 1. Mai dieses Jahres in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften **eine internationale Weltdemonstration** in Form eines 24stündigen Generalstreiks zu Gunsten der Sozialisierung der Produktionsmethoden vorgesehen wird.

Aufruhr der irischen Sinn-Feiner.

T.U. London, 6. April. In der Nacht zum Ostersonntag wurden zahlreiche Polizeireviere und Kasernen in Irland von den Sinn-Feinern angegriffen. Gleichzeitig wurden in Dublin 6 Steuerämter in Brand gesteckt, ebenso die Aemte irn Cork. In Belfast drangen die Aufrührer in das Gebäude der Pensionsbehörde und der Bank von Irland ein und vernichteten viele Akten. An vielen Stellen wurden die Telegraphen- und Fernsprechleitungen durchschnitten.

Aus Stadt und Bezirk.

* **Durlach**, 7. April. Bausekretär **Eugen Hakelberg**, Vorstand der Bahnmeisterei hier, wurde zum **Oberbausekretär** befördert.

* **Durlach**, 6 April. Ueber die im Bereich des Kommunalverbands vorgekommene **unberechtigte Verwendung von Zuckerkarten** erfahren wir von zuständiger Stelle Folgendes: Nach den bisherigen Feststellungen muß angenommen werden, daß unter mißbräuchlicher Verwendung von Nährmittelzulagekarten, die auf bis jetzt noch nicht aufgeklärte Weise in unrechtmäßigen Besitz gekommen sind, Zucker bei hiesigen Lebensmittelgeschäften in Empfang genommen worden ist. Die näheren Einzelheiten sind noch nicht festgestellt. Hierüber ist auf Antrag des Kommunalverbands eine Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft im Lauf. Es kann jedoch schon jetzt gesagt werden, daß es sich nur um verhältnismäßig geringe Mengen handeln kann, da dem Kommunalverband für die in Betracht kommenden Personenkreise (werdende und stillende Mütter, Wöchnerinnen, Kranke u. s. w.) nur ganz beschränkte Zuckermengen zur Verfügung stehen. Von Seiten der Leitung des Kommunalverbandes wird darauf hingewirkt werden, daß der Vorfall restlos aufgeklärt wird und daß etwa beteiligte Angestellte bzw. frühere Angestellte des Kommunalverbands entsprechend zur Verantwortung gezogen werden.

Kspr. **Durlach**, 2 April. (**Bürgerausschußsitzung.** 1. Fortsetzung) BAM. **Kasper** (Dem.) wünscht, daß die von ihm bei der Schulleitung und von dieser bei der Stadtverwaltung schon des öftern angeforderte Seife endlich einmal geliefert werde. Bürgermeister Dr. **Zierau** erklärt, es sei ihm hievon nichts bekannt, der Abgabe von Seife stehe aber nichts im Wege. Redner fordert aufgrund einer gesetzlichen Bestimmung und in Rücksicht auf die Zusammensetzung des Bürgerausschusses eine zeitgemäße Umgestaltung der Ortsschulkommission, eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder auf 20, wobei die Arbeiterschaft ihr Anrecht auf eine entsprechende Anzahl von Sitzen wahren soll. Wenn die Lehrer von der Schulverwaltung nicht das nötige Schreibpapier, Tinte, Federn usw. erhalten, seien sie selbst schuld daran. Anstatt hintenherum zu kritisieren, sollen sie das, was ihnen gesetzlich zusteht, offen und rücksichtslos fordern. Auch in diesem Fall zeige sich eben die oft mit Recht bespöttelte Bescheidenheit der Lehrerschaft. Er würde sich, falls ihm nicht die nötigen Schreibsachen zur Verfügung gestellt würden, einfach weigern, dienstliche Schriftsätze anzufertigen.

BAM. **Meßmer** (Dem.): Man nehme heute Abschied von der alten und trete in eine neue Finanzwirtschaft ein. Redner spricht dann über das alte und das neue System der Steuererhebung, über die Unsicherheit der finanziellen Lage, über den geringen Anteil des Liegenschaftsvermögens an der Aufbringung öffentlicher Mittel (mit nur einem Fünftel daran beteiligt) und über die Ursache dieser Erscheinung: die zu niedrige Einschätzung, welche aber nicht von heute auf morgen geändert werden könne, da sie gesetzlich festgelegt sei; auch das Kapitalvermögen bringe wenig auf und dürfte etwas stärker herangezogen werden. Das Betriebsvermögen sei seinem wirklichen, heutigen Wert entsprechend aufgenommen und je höher sogar mit gewissen Zuschlägen bedacht und gefaßt.

Bürgermeister Dr **Zierau**: Er freue sich über die Ausführungen des BAM. Fürst betr. Wiederbelebung von Treue und Glauben im Volk. Unter diesem Gesichtswinkel müsse man auch die beklagenswerten Verfehlungen und Handlungen einzelner Kommunalverbands-Angestellten betrachten: die Einrichtung mußte über Kopf und Hals ins Leben gerufen werden; geeignete, erfahrene Kräfte standen nicht immer zur Verfügung, weil diese in den Krieg ziehen mußten; so kam es, daß eine strenge Auswahl nicht möglich war und nicht immer sittlich einwandfreie Elemente angestellt werden mußten. Man habe bittere Enttäuschungen erlebt. Den Vorwurf aber, als wäre er bei ihm bekannten Verfehlungen nicht mit aller Schärfe vorgegangen und hätte Vertuschungspolitik getrieben, weise er als unberechtigt mit aller Schärfe zurück; ebenso sei es nicht angängig, in die Untersuchung einzugreifen, bevor sie abgeschlossen sei, ebenso sich ein vorschnelles, voreiliges Urteil vorher bilden zu wollen. Betr. der Anfrage über die Ersatzleistung seitens des Militärs erklärt der Vorsitzende, daß die Stadt dabei auf ihre Rechnung gekommen sei und keinen Schaden erlitten habe. Es würden noch Verhandlungen über die Auseinandersetzung der Stadt mit der Militärverwaltung schweben. Der Vorsitzende ist mit BAM. Fürst einverstanden, daß mit den von der Stadt angeschafften Lehrmitteln schonlich und sparsam umgegangen wird, und berührt dann das System betr. des Einkaufs der Lehrmittel; darüber, ob auf dem Rathaus mit Impressen, Couverts u. dergl. nicht sparsam genug umgegangen wird, sei ihm nichts bekannt, er werde diese Sache aber im Auge behalten. Dem Wunsche des BAM. Kasper betr. Erweiterung der Ortsschulkommission stehe nichts im Wege, die Anregung würde im Schoße des Gemeinderats beraten und dann gesetzlich geregelt werden.

Gemeinderat **Kindermann** (U.S.P.) wendet sich gegen die Ausführungen des BAM. Fürst betr. der hohen Löhne der Jugendlichen; man dürfe und könne nicht so allgemein operieren und alles in einen Topf werfen; es gäbe auch unter den jugendlichen Arbeitern durchaus geordnete Elemente. Die Schuld an der gerügten Sache liege vielfach an der fehlerhaften Erziehung am Elternhaus. Wenn die Sozialdemokratie behaupte: Religion ist Privatsache! sei damit nicht gesagt, daß sie eine Gegnerin oder gar Feindin derselben sei oder daß der betr. Sozialdemokrat, der diese Forderung erhebe und vertrete, keine Religion habe, die Sozialdemokraten fordern nur, daß die Religion nicht in den politischen Kampf gezogen, politisch ausgeschlachtet und dadurch herabgewürdigt werde. Seine Partei verlange Trennung von Kirche und Staat, auch nicht aus Feindschaft; in Amerika, wo diese Trennung faktisch durchgeführt sei, haben die Kirchen keinen Schaden erlitten, im Gegenteil: sie bilden blühende Religionsgemeinschaften und in Frankreich ist die Religiosität trotz Trennung von Kirche und Staat, vielleicht gerade deshalb im Wachsen und Aufstieg begriffen. Es ist also ein unehrliches Manöver, wenn der Sozialdemokratie um ihres Standpunkts in dieser Sache willen Religionsfeindschaft angedichtet oder vorgeworfen wird. Im übrigen darf aber auch andererseits schon darauf hingewiesen werden, daß die Religion, bezw. die Kirchen nicht imstande waren, den furchtbaren Weltbrand zu verhüten; ihr Einfluß auf Völker- und Menschenherzen dürfte also doch nicht ein so großer sein, wie BAM. Fürst annimmt. Dieser Redner habe auch betr. der Lehrmittelfreiheit behauptet, es sei Pflicht des Vaters, für seine Kinder zu sorgen; es sei aber demgegenüber darauf hinzuweisen, daß ein Vater für seine Kinder noch andere Ausgaben zu bestreiten habe; die Sozialdemokratie verlange die Lehrmittelfreiheit für alle Schüler (jeglicher Anstalt) unter dem Wahlspruch: Freie Bahn dem Tüchtigen. Diese ausfindig und dem Volksganzen dienstbar zu machen, sei ein Gebot der Selbsterhaltung. Die Moral sei beim Volke nicht so sehr gesunken, wie BAM. Fürst annehme, das Volk habe auch Verständnis für eine schonliche Behandlung öffentlichen Eigentums, er erinnere an die Schonung des prinzlichen Palais in Berlin aus dem Jahr 1848, das durch die einfache Aufschrift „Nationaleigentum" vor der Wut der Bevölkerung gerettet, der Zerstörung entging, geschont wurde. Zuruf: „Heereseigentum 1918!" — Gemeinderat Kindermann: „Haben hauptsächlich die Herren Offiziere gestohlen!" — Heiterkeit! Redner erwähnt einen Vorfall, einen Offizier der früheren hies. Garnison betr., der wegen Ausräuberung eines französischen Schlosses mit Zuchthaus bestraft werden mußte; auch streift er die vor einiger Zeit vorgenommenen Verhaftungen anderer Angehöriger des früheren Trainbataillons. — Auf die Ausführungen des BAM. Meßmer eingehend, freut es ihn, daß dieser mit dankenswerter Offenheit erklärt habe, das Liegenschaftsvermögen gehörte mit höheren Steuersätzen herangezogen; das System der Art und Weise der Aufbringung der Steuer sei nicht gerecht und äußerst reformbedürftig; Beamte und Arbeiter müßten bluten, der Geschäftsmann sei imstande, seine finanziellen Verhältnissen zu verschleiern. — Kommunalverband betr. bekämpfe er nicht Personen, sondern das System, das Mängel und Lücken aufweise, sonst würden gewisse Dinge nicht vorkommen; räudige Schafe sollten rücksichtslos entfernt und nichts vertuscht werden. Es würde an falscher Stelle gespart. Würde man wie es bei anderen Unternehmungen der Fall ist, einen Rechnungsprüfer anstellen, würde dies gewiß den betr. Angestellten ein erhobener Finger sein und sie veranlassen, sich etwas mehr in acht zu nehmen. Auch eine richtig und scharf durchgeführte Kontrolle würde abschreckend wirken.

Landtagsabgeordneter und Gemeinderat **Weber** wendet sich betr. Lehrmittelfreiheit gegen die Ausführungen des BAM. Fürst. Ausschlaggebend in dieser Frage sei unter anderem auch der Umstand, daß betr. Aufbringung der Mittel auch Einwohner in Frage kommen, die keine Kinder haben; wenn diese finanziell herangezogen würden, liege hierin ein gewisser sozialer Ausgleich. Geradezu charakteristisch sei es, von bürgerlicher Seite heute noch in gewissem Sinne den Vorwurf zu hören, der Vater möge für seine Kinder sorgen. Hätte man schon früher die Lehrmittelfreiheit eingeführt und dadurch tüchtigen Köpfen und Talenten den Aufstieg ermöglicht, wären wir weiter und nicht in diesen Sumpf gekommen. Betr. des oft schädlichen Einflusses der Kinos auf weite Bevölkerungskreise könne er sich mit den Ausführungen des BAM. Fürst einverstanden erklären, ebenso mit einer stärkeren finanziellen Heranziehung der Kinos; die Gemeinde müsse sich diese Einnahme dienstbar machen; ebenso stehe er betr. stärkerer Besteuerung von Liegenschaften auf gleichem Boden wie BAM. Meßmer. An der von einem andern Redner kritisierten ungerechten Steuersystem seien jene Herren schuld, die von jeher sich bemühten, um die Steuer zu drücken, die auch am 18 März versuchten, die Monarchie wieder auf den Schild zu erheben — die preußischen Junker. Die Religionsfrage habe bereits Gemeinderat Kindermann beleuchtet; er stehe auch auf diesem Standpunkt und nehme es hinsichtlich der Moralität mit jedem auf, der vorgebe oder behaupte, religiös zu sein. Unmoralische Menschen gebe es in allen Bevölkerungsschichten, in allen Reihen — er weise nur auf die Kriegshetzer hin. Betr. Trennung von Kirche und Staat weise er auf die Bestimmungen der badischen Verfassung hin, auch darauf, daß sie von hervorragenden Kirchengelehrten und Theologen selbst gefordert werde, jedem Teile, Staat wie Kirche, gehöre die Freiheit, schiedlich, friedlich! (Forts. folgt)

Schöffengericht Durlach. Tagesordnung zur Sitzung am 8. April: 1) Huber Wilh. Aug. u. 3 Gen. von Berghausen wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung. 2) Schmidt Karl Fr. in Grünwettersbach wegen Diebstahls. 3) Traub Friedr. in Weingarten, Auskunftspflicht. 4) Seifert Karl und Hill Aug., beide in Weingarten, Fleischverg. 5) Rummler Paula in Durlach, Diebstahl und Betrug. 6) Löffel Jul. in Durlach, Anpreisung von Schweizerstumpen. 7) Hobarth Christ. in Spielberg, Fleischverg. 8) Windbiehl Wilh. in Weingarten, Fleischberg. 9) Pr. Kl. Landwirtschaftskammer gegen Belten Oskar in Breisach, Beleidigung.

× **Durlach**, 7. April. **Eldorado-Lichtspiele** bringen ab Mittwoch „Hilmi Paschas Abenteuer", eine Haremsgeschichte in 5 Riesenakten. Die Hauptrolle liegt in den bewährten Händen der Hofschauspielerin Dely-Dely vom Hoftheater Athen, die aus der Rolle alles herauszuholen versteht und durch ihre vorzüglichen Partner aufs beste unterstützt wird. Der Film führt uns vom armseligen Artistenleben in Glanz und Fülle der indischen Höfe und hat die Vorzüge einer prunkvollen Ausstattung. Das nächste Abenteuer des Detektiven Fred Horst (Bruno Eichgrün) „Professor Bartons Erfindung" vervollständigt das Riesenprogramm, das durch verstärktes Orchester aufs beste musikalisch illustriert wird.

M **Durlach**, 6. April. Resultate des F.C. Germania vom 4. und 5 April. 1. M. geg. Germania Niederrodenbach b. Hanau 1:0. 1. M. geg. Sp. Vereinig. Langenselbold b. Hanau 1:1. 3. M. geg. K. F.-B. 3 3:1 4. M. geg. F.-B. Weingarten 4. 0:5. 5. M. geg. F.-B. Weingarten 5 1:2. 4 M. geg. Rasensp. Pforzheim 4. 0:8 5. M. geg. Rasenspieler Pforzheim 5. 1:3. 6. M. geg. Germ. Un. Pforzheim 4. 2:4.

Baden und Nachbargebiete.

—* **Das Erzbischöfliche Ordinariat** hat angeordnet, daß am Sonntage, den 18. April in den katholischen Kirchen eine Sammlung für die Fürsorgevereine stattfindet. — Das Erzbischöfliche Ordinariat wandte sich nach einem Ersuchen des Kommunalverbandes an die Geistlichen der Bezirke, die für die Lieferung an den Kommunalverband Freiburg-Stadt in Betracht kommen, mit der Bitte, sie mögen durch Besprechung mit den Gemeindebehörden und auch auf der Kanzel ihren Pfarrkindern die Lebensmittelnot der Bewohner Freiburgs vor Augen führen und sie ersuchen, was sie an Lebensmittel erübrigen an den Kommunalverband der Stadt Freiburg abzuliefern.

—* **Teuerungsbezüge der evangelischen Geistlichen.** Zu Anfang April wird den Geistlichen einschließlich der im Ruhestand befindlichen und der Hinterbliebenen eine Teuerungsbeihilfe ausbezahlt werden. Sie wird betragen: für verheiratete Geistliche 1000 M., für unverheiratete Geistliche 600 M., für zuruhegesetzte Geistliche 600 M., für Witwen 300 M. Dazu für Kinder bis zu 21 Jahren und, wenn sie sich noch in Schul- oder Berufsausbildung befinden, bis zu 24 Jahren, für Kriegsteilnehmer auch darüber hinaus 150 M., für Vollwaisen 300 M. Besondere Benachrichtigung der Empfänger erfolgt nicht mehr. — Vom 1. April d. J. an soll eine allgemeine Erhöhung der (laufenden) Teuerungszulagen und zugleich der Nebenbezüge (Versehungsgebühren, Funktionsgehalte, Filialdienstvergütungen usw.) eintreten. Hierüber wird die demnächst als Steuersynode einzuberufende außerordentliche Generalsynode zu entscheiden haben. Die oben genannten Teuerungsbeihilfen sind als Vorschüsse auf die neuen Teuerungszulagen zu betrachten.

—* **Schonung der Viehbestände.** In dem Bad. Genossenschaftsblatt wird darauf hingewiesen, daß die derzeit geübte Abschlachtung von Tieren ohne Gewicht einen Raubbau an unseren schon sehr gelichteten Viehbeständen bedeutet und teilt mit, daß der Direktor des Genossenschaftsverbandes Bad. landw. Vereinigungen an das Ministerium des Innern sich gewandt habe, um zu erreichen, daß die Kommunalverbände veranlaßt werden, in den kommenden Wochen anstelle von Frischfleisch ihre Fleischreserven (Gefrierfleisch) auszugeben, damit die Viehbestände im Lande sich etwas erholen können, und die Landwirte durch Grünfütterung in der Lage sind, Tiere ohne Gewicht ordentlich ans Fleisch zu füttern. (In einigen Städten ist in der letzten Zeit schon Gefrierfleisch zur Ausgabe gelangt.)

—* **Eine unglaubliche Verfügung,** die man in diesen ernsten Schicksalstagen unseres Vaterlandes für einen Aprilscherz halten könnte, erläßt das Heidelberger Bezirksamt. Sie lautet wie folgt: Nachdem der Fastnachtsmontag als öffentlicher Tanztag ausgefallen ist, wird für den Stadt- und Landbezirk Heidelberg der Ostermontag für das Jahr 1920 zum öffentlichen Tanztag bestimmt. Das „Heidelberger Tagblatt" bemerkt hierzu: Oeffentlicher Tanztag in Heidelberg, während unser Freiwilligenbataillon im Ruhrgebiet blutet, unsere Einwohnerwehr sich in dauerndem Alarmzustand befindet und auch über Baden das Gespenst des Bruderkrieges droht!

—* **Gepäck von Flüchtlingen aus England.** Der Verwaltungsrat des Deutschen Christlichen Vereins junger Männer zu London teilt uns mit: Die im Juli 1914 im Deutschen Vereinshaus, City-Road und im Deutschen Christlichen Kellnerheim, Charlotte-Street, zurückgelassenen Gepäckstücke sind in Bremen eingetroffen und müssen bis 15 Mai 1920 von den Eigentümern gegen Vergütung von Fracht- und Lagerspesen unverzüglich zurückgefordert werden. Genaue Angabe über Größe, Farbe, Aufschrift der Gepäckstücke, sowie Inhaltsangabe ist erforderlich.

** **Weinheim**, 6. April. Die Oberrheinische Eisenbahngesellschaft, in deren Besitz sich die Nebenbahnen Mannheim—Weinheim—Heidelberg befinden, hat ihren sämtlichen Beamten und Arbeitern zum 1. April gekündigt, was darauf schließen läßt, daß die Gesellschaft trotz entgegenkommender Zusage der badischen Regierung ihren Betrieb auf 1. Juli einstellen will.

** **Plankstadt**, 6. April. Ein Aprilscherz der hiesigen Zeitung hat zu einer Kinderdemonstration geführt. In der Aprilnotiz war mitgeteilt worden, daß ein nach Amerika Ausgewanderter von dort Weißmehl geschickt habe, aus dem für die Jugend Bretzeln gebacken würden. In Scharen zogen die Kinder nach dem Rathaus, um die Bretzeln in Empfang zu nehmen. Als sie merkten, daß sie in den April geschickt waren, wollten sie die Fenster einwerfen. Erst allmählich gelang es, die über 1000 Kinder zählende Schar zu zerstreuen.

** **Ueberlingen a. S.**, 6. April. Die „Konstanzer Zeitg." berichtet eine ergötzliche Geschichte: Ein Arbeiter, der der Unabhängigen Sozialdemokratie angehört, ließ sein Kind taufen und hatte dabei als Paten einen Angehörigen der Deutsch-demokratischen Partei der zugleich Vorstand deren Ortsverein ist. Die Taufpatin ist Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. Der Arbeiter soll daraufhin aus seiner Partei ausgeschlossen worden sein.

Gemeinde-Politik.

Gesetzentwurf einer badischen Gemeindeordnung.

Der dem Landtag zugegangene „Gesetzentwurf einer badischen Gemeindeordnung" ist nunmehr im Druck erschienen. Er schließt sich bis auf wenige Aenderungen dem Entwurf an, den wir bereits vor einiger Zeit in eingehender Darstellung brachten. Wie für den Vorentwurf gilt auch für den Entwurf selbst die Feststellung, daß er eine gute und brauchbare Grundlage der Gemeindeordnung unseres Freistaates ist, die in der Kommission weniger in prinzipieller Hinsicht als in einer Reihe Einzelheiten noch des Ausbaues erfahren dürfte.

Aus den **allgemeinen Bestimmungen** ist erwähnenswert, daß die Gemeinden **eingeteilt** werden in kleine Gemeinden (Gemeinden bis zu 200 Einwohner), mittlere Gemeinden (200—1000 Einwohner), große Gemeinden (4000—15 000 Einwohner). Durch staatsministeriellen Entschluß kann einer Landgemeinde die Eigenschaft als Stadtgemeinde verliehen werden. Die **Vereinigung** zweier oder anderer Gemeinden zu einer Gemeinde erfordert in der Regel übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Gemeinden und Genehmigung des Ministeriums des Innern, ausnahmsweise erfolgt sie ohne solche Vereinbarung durch Gesetz. Zwei oder mehrere Gemeinden können einen **Zweckverband** bilden, wobei die Staatsaufsichtsbehörde durch das Ministerium des Innern bestimmt wird. Zu den **Angelegenheiten** der Gemeinde gehören neben örtlichen Satzungen insbesondere die örtliche Verwaltung des Gesundheitswesens, der Straßen, der Märkte, des Gewerbes, des Armenwesens, des Wohnungs- und Bauwesens, des Feuerschutzwesens, der Gemarkungsverhältnisse, die örtliche Fürsorge für Reinlichkeit und Sittlichkeit, sowie die Fürsorge für die öffentliche Sicherheit und Ordnung innerhalb der Gemarkung. Das Ministerium des Innern kann einzelne dieser Verwaltungszweige ganz oder teilweise einer staatlichen Verwaltungsstelle übertragen. Widerruflicherweise können durch das Ministerium des Innern Städten auch **Geschäfte der inneren Staatsverwaltung** übertragen werden.

Zu den **Gemeindewahlen** ist jeder Deutsche berechtigt, der das 20. Lebensjahr vollendet hat und am Wahltag 6 Monate in der Gemeinde wohnt; zu einem Gemeindeamt ist jeder mindestens 25 Jahre alte Wahlberechtigte wählbar. Die Vertretung der Gemeinde kommt dem **Gemeinderat** zu. Daneben besteht in mittleren und großen Gemeinden sowie den Städten ein **Bürgerausschuß**, der sich aus dem Gemeinderat und den Gemeindevertretern zusammensetzt, in den kleinen Gemeinden die aus den Wahlberechtigten sich bildende Gemeindeversammlung. Die Bürgermeister werden auf 9 Jahre, die besoldeten Gemeinderäte auf 4 Jahre durch den Bürgerausschuß, in Gemeinden unter 2000 Einwohnern unmittelbar von den Wahlberechtigten gewählt. Die ehrenamtlich tätigen Gemeinderäte werden wie die Gemeindeverordneten auf vier Jahre gewählt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl und zwar in den großen Gemeinden und Städten durch die Gemeindeverordneten sowie durch die Wahlberechtigten. In nicht sonderlich starker Fühlung mit dem Zeitgeist wird verlangt, daß einer der Bürgermeister oder besoldeten Gemeinderäte die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen muß, wobei diesem die Bearbeitung der polizeilichen Angelegenheiten und die Aufgaben der inneren Staatsverwaltung zugewiesen ist.

Aus den Befugnissen des die Gemeindeverwaltung leitenden Bürgermeisters ist zu erwähnen das Recht, die stetig wiederkehrenden einfacheren Geschäfte der laufenden Verwaltung selbst zu erledigen; ebenso sind vom Bürgermeister dringende Geschäfte in eigener Zuständigkeit zu besorgen, wovon dem Gemeinderat alsbald Bericht zu machen ist. Der Bürgermeister berichtet dem **Gemeinderat**; doch muß er auf Verlangen eines Viertels der Mitglieder berufen werden. Die Sitzungen des Gemeinderats sind nicht öffentlich. Dagegen sind die Verhandlungen des **Bürgerausschusses** öffentlich; seine Mitglieder sind zur Teilnahme an den Sitzungen, Abstimmungen und Wahlen verpflichtet und können bei Versäumnis oder Weigerung in eine Ordnungsstrafe bis zu 200 Mark genommen werden. Neben Beschlußzustimmungen können die Gemeindeverordneten Aufschlüsse und Nachweise über den Vollzug derjenigen Beschlüsse verlangen, bei welchen der Bürgerausschuß mitwirkte. Außerdem kann der Gemeindeverordnetenvorstand im Bereich des gemeindlichen Aufgabenkreises **schriftliche Anfragen** an den Gemeinderat richten, die zu beantworten sind, ebenso wie er **schriftliche Anträge** an den Gemeinderat richten kann, über die dieser zu beschließen hat, woran sich eine Aussprache und Abstimmung in der Bürgerausschußsitzung anschließt, wenn die Hälfte der Gemeindeverordneten es verlangt. Wegen pflichtwidriger Handlungen zum Nachteil der Gemeinde kann der Bürgerausschuß beschließen, gegen Mitglieder des Gemeinderats Klage auf Schadenersatz zu erheben.

Die Freiw. Feuerwehr im Dienste der Allgemeinheit.

In der Feuerwehrzeitung" lesen wir:

Der Gedanke, daß der freiwillige Feuerwehrmann bei Uebungen und Bränden nicht nur der Allgemeinheit ein Opfer bringt, sondern auch seine Berufsarbeit liegen läßt, ist genau so alt, wie die freiwilligen Feuerwehren selbst, überhaupt so alt, wie die Gefühle für freie Liebestätigkeit und mutigen Opfersinn im Menschen bestehen. In gleicher Weise hat der Feuerwehrmann zu allen Zeiten mit jedem Pfennig seines Einkommens und mit dem Umstand rechnen müssen, daß er seine Mühe und seinen Arbeitsverdienst gelegentlich zum Opfer bringt, aber nicht der Gemeinde, sondern den gefährdeten Mitbürgern. Der freiwillige Wehrmann stellt sich nicht in den Dienst der Gemeinde — das ist nur Formsache —, sondern in den Dienst der Allgemeinheit, und diesen Dienst leistet er „freiwillig". Freiwillig heißt aber bei uns derjenige, der nicht lange von der Polizei aufgefordert sein will, Hilfe bei Brandfällen zu leisten, der lediglich aus seinem Gefühl der Nächstenliebe und des Opfersinns heraus dem Nachbarn im Unglücke beispringt, und zwar ohne Geld- oder eine sonstige Entschädigung für Verdienstverlust. Bisher hat man den Gedanken der Bezahlung niemals laut werden lassen. Sonderbarerweise tritt er erst jetzt in unserer neuen Zeit auf, aber glücklicherweise, und nicht ohne Grund, ganz vereinzelt. Warum aber? Weil die Verhältnisse dieselben geblieben sind, wohlverstanden, soweit der Beweggrund des Berufes der freiwilligen Feuerwehr in Frage kommt. Der Wehrmann rückt heute gerade so gut zur Uebung und zum Brand aus, wie vor 10, 20 und 30 usw. Jahren, er hat, entsprechend den Zeitverhältnissen, denselben Verdienstausfall, dtmals weniger, heute mehr. Damals waren aber Leben und Lohn billiger, heute sind sie teurer. Aber das Opfer ist seiner Bedeutung und Größe nach stets dasselbe geblieben. Und weshalb soll denn das alles auf einmal anders werden? Ich sehe wirklich keinen Grund ein. Gerade der demokratische Zug der Zeit sollte alle Gesellschafts- und werktätigen Erwerbsklassen näher bringen und den Sinn der werktätigen Nothilfe beleben. Aber das liebe Geld! Da helfen auch alle die schönen Worte wie Vergütung der Selbstkosten, Entschädigung des Ausfalles und dergleichen nichts mehr. Wenn einmal die Lust und Liebe zur Freiwilligkeit, der Sinn für das Ideale, das uns zur Tat begeistert, das selbstlose Arbeiten des einen für alle zum Teufel ist, wenn der Dank der Gemeinde dafür, daß man einer von Feuer- und Wassersnot bedrängt gewesenen Familie Hab und Gut, Leib und Leben gerettet hat, darin besteht, daß man sich am anderen Tage an der Stadtkasse eine Mark für die Stunde geben läßt, dann ist es Zeit, daß die freiwillige Feuerwehr sich zum ewigen Schlummer niederlegt. Wenn wir für unsere Arbeit bezahlt sein wollen, dann aber auch gehörig. Aber keinen Pfennig wollen wir haben. Wo die „kostenlose Arbeit" jetzt schon mit schnödem Mammon vergütet wird, da macht die Augen auf, Kameraden vom alten Zeug und Schlag, und nehmt schleunigst eine gründliche Reinigung vor, ehe Niedergang und Zersetzung einbricht. Es gibt aber andere Mittel genug, die die Lust und Liebe an unserer Freiwilligkeit wecken und fördern. Man erleichtere den Dienst in jeder denkbaren Weise. Sorgt bei eurer Gemeinde dafür, daß in der gehörigen Weise Zeit und Arbeit und Schweiß in der Ausübung des Berufs eines freiwilligen Feuerwehrmanns gespart und Entschädigungsansprüche nicht auf die lange Bank geschoben werden. Laßt euch Pferdebespannung, Mannschaftswagen, Alarm- und Klingelleitung, Sirenenruf, Motorspritzen und letzten Endes Autospritzen anschaffen — Unfallversicherung nicht vergessen — das weckt Begeisterung, Hingabe und Arbeitsfreudigkeit — aber nicht pro Stunde 1 M., wie ein diesbezüglicher Vorschlag lautet.

Das Tabaksteuergesetz. Entgegen allen Meldungen wird amtlich darauf hingewiesen, daß das Tabaksteuergesetz am 1. April in Kraft tritt.

Wilhelm II. „Telegraaf" meldet aus London, daß Lloyd George auf die Frage Bottemleys, ob der vormalige deutsche Kaiser nicht in contumaciam angeklagt werden könne, erwidert habe, er fürchte, daß damit ein nutzloser Präzedenzfall geschaffen werde. Homberton Billing fragte darauf, ob man unter diesen Umständen annehmen müsse, daß die Behörden den Gedanken an eine Verfolgung des vormaligen deutschen Kaisers aufgegeben hätten. Billing erhielt auf diese Anfrage keinen Bescheid.

Amtliche Bekanntmachungen

Maul- und Klauenseuche betreffend.

Nachdem im Farrenstall der Gemeinde Jöhlingen die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, wird folgendes angeordnet:

A. Sperrbezirk
Gilt das verseuchte Gehöft
B. Beobachtungsgebiet
Gilt die übrige Gemeinde
C. Der 15 Km. Umkreis
umfaßt die anläßlich des Seuchenausbruchs in Weingarten und in den Bezirken Pforzheim und Karlsruhe bekannt gegebenen Gemeinden.

Im übrigen gelten die anläßlich des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche in Weingarten und Wolfartsweier getroffenen Anordnungen.

Durlach, den 6. April 1920.

Badisches Bezirksamt.

Verordnung

vom 3. März 1920.

Den Verkehr mit Wild und Geflügel.

Auf Grund der Verordnungen des Reichswirtschaftsministers vom 20. Dezember 1919 über die Aufhebung von Verordnungen über den Verkehr mit Wild und Hühnern, sowie über die Regelung der Wildpreise (Reichs-Gesetzblatt S. 2030 und 2131) wird verordnet, wie folgt:

Die Verordnungen des Ministeriums des Innern vom 29. Oktober 1917 in der Fassung vom 11 Oktober 1918, den Verkehr mit Wild (Gesetz- und Verordnungsblatt 1917 S 362 und 1918 S 343), unsere Bekanntmachungen vom 11. Oktober 1918 und 11. Dezember 1919, Höchstpreise für Wild betr. (Staatsanzeiger 1918 Nr. 244 und 1919 Nr. 292), sowie die §§ 6 bis 12 der Verordnung vom 10. November 1916 über Regelung des Verkehrs mit Wild und Geflügel betr. (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 321), werden aufgehoben.

Durlach, den 6 April 1920.

Kommunalverband Durlach-Stadt

Kartoffelversorgung.

Fortsetzung des Verkaufs der Ersatzlebensmittel für Kartoffeln und zwar pro Kopf:

1 Pfd. **Bohnen**, Preis 1.— Mk.
1 Pfd. **Weizenbrotmehl**, Preis 30 Pfg.

Montag vorm. an die Buchstaben **L und M**, Montag nachm. an die Buchstabe **N, O, P, Q, R u. S**, Dienstag vorm. an die Buchstaben **Sch, Sp, St, T, U, V, W und Z.**

Durlach, den 7. April 1920.

Kommunalverband Durlach-Stadt.

Fettversorgung.

Für die laufende Woche wird in den hiesigen Verkaufsstellen 100 gr Margarine auf die Reichsfettkarte Nr. 19 abgegeben. Das Fett ist von heute an bei den betr. Geschäften erhältlich.

Durlach, den 7. April 1920

Kommunalverband Durlach-Stadt.

Die Bepflanzung brachliegender Grundstücke betr.

In Anbetracht der vorgeschrittenen Jahreszeit muß die Bearbeitung etwa noch brachliegender Grundstücke sofort in Angriff genommen werden.

Wir fordern jedermann auf, uns sofort mündlich oder schriftlich Anzeige über solche zur Anpflanzung geeignete Grundstücke und deren Eigentümer oder Pächter zu machen, die nicht landwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzt werden.

Durlach, den 1 April 1920.

Das Bürgermeisteramt.

Privat-Anzeigen.

Umfärben
Annahmestelle:
Stück- und Haushaltwäsche
sowie
Stoffenn Kleidungsstücken u. chem. Reinigen
von
Hch. Kayser, Bäderst 5.

Bitte, bringen Sie jetzt Ihre
alten Sommerhüte
zum Umformen nach flott vornehmen Modellen. Beste Ausführung (wie neu)
Lassmann
Karlsruhe i. B.
Kaiserstraße 235 III.

Wesemanns
concentrierter
Brust- u. Lungensaft
gegen Verschleimung der Lungen u. Engbrüstigkeit. Nur zu haben in der
Einhornapotheke
Apotheker H. Gartzen (Marktplatz).

Birn-, Kirsch- Nuß- u. Pappelstämme
sowie alle andern Hölzer kauft
Wilh. Koch
Hauptstraße 46, 2. St.

Verloren.
Grüngestreifte **Bettvorlage** beim Sturm am Montag aus dem Fenster gefallen. Abzugeben gegen Belohnung Schillerstr. 4a, 4. St.

Verloren
Samstag mittag von einem Kinde **Geldbeutel** mit 10 Mk. Inhalt von der Imberstr. bis August Forschner, Baseltorstr. Abzugeben gegen gute Belohnung Imberstraße 1

Silb. Damen-Uhr mit Haarkette und Medaillon **verloren** auf dem Sportplatz Grötzingen. Abzugeben geg. Belohnung im Verlag.

Gelder a. 1. u. 2. Hypoth. etc. u. Darlehen
Häuser, Ankauf u. Verkauf vermittelt
August Schmitt
Karlsruhe
Hirschstr. 43 Tel. 2117.

Gesucht
wird von sol. Frl **einf. möbl. Zimmer.** Angeb. unter Nr 413 an den Verlag d. Bl.

Ein jg. Mann kann an **Privat-Mittagstisch** teilnehm. Zuerfr i. Verl.

Erstlingswäsche
gegen **Lebensmittel** gesucht. Zu erfragen im Verlag d. Bl

Heu
8—10 Zentner, sind zu verkaufen Jägerstr. 8.

Gemeindesparkasse Grötzingen.

Rechnungsergebnisse für das Jahr 1918.

Einnahmen.	M.	₰
1. Kassenvorrat auf 1. Januar 1918	27 814	69
2. Rückstände	36 085	93
3. Zinsen von Aktivkapitalien	58 896	71
4. Gebühren	900	43
5. Sonstige Einnahmen	829	65
6. Vorschüsse und Wiedererstatz von Vorschüssen	58 188	45
7. Ausgleichungsposten	1 289	97
8. Spareinlagen	772 105	28
9. Kapitalisierte Zinsen	70 949	70
10. Heimbezahlte Kapitalien	562 165	42
11. Aufgenommene Kapitalien	4 549	23
	1 593 775	46

Ausgaben.	M.	₰
1. Rückstände	1	38
2. Zinsen für Einlagen und and. Schulden	73 641	42
3. Für die Beamten u Angestellten	3 824	—
4. Sonstiger Verwaltungsaufwand	2 007	39
5. Auf d. Verwendg d. Ueberschüsse	2 371	60
6. Sonstige Ausgaben	473	58
7. Vorschüsse und Wiedererstatz	58 168	35
8. Ausgleichungsposten	1 289	97
9. Rückbezahlte Einlagen	366 394	70
10. Angelegte Kapitalien	1 040 995	65
11. Heimbezahlte Kapitalien	125	99
12. Kassenvorrat auf 31. Dez. 1918	44 481	43
	1 593 775	46

Vermögensberechnung auf 31. Dezember 1918.

Vermögen.	M.	₰
1. Darlehen gegen I. Hypothek	1 042 705	12
2. Staatspapiere	682 274	—
3. Darlehen an Kreise, Gemeinden usw	76 696	10
4. Sonstige Kapitalanlagen	275 609	—
5. Darlehen an Private gegen Schuldscheine	85 128	95
6. Einnahme-Rückstände	33 223	76
7. Inventarwert	1 083	—
8. Kassenvorrat	44 481	43
	2 241 001	36

Schulden.	M.	₰
Guthaben der Einleger	2 095 755	82
Anlehenskapitalien	32 987	29
Ausgabereste	44	39
	2 128 787	50
Das Vermögen beträgt	2 241 001	36
Somit Reinvermögen	112 213	86
Dasselbe beträgt am 31. Dez. 1917	101 683	33
Somit Vermehrung	10 530	53
Für Gemeinnützige Zwecke	2 845	18
Somit Reingewinn	13 375	71

Berechnung des Reservefonds.

Nach § 20 der Satzungen soll dieser betragen 5% des Guthabens der Einleger.
Somit 5% aus 2 095 755,82 M = 104 787,75 M
Das Reinvermögen beträgt . . . 112 213,86 M
Bleibt verfügbarer Ueberschuß . . 7 426,11 M

Stand der Einleger.

Stand am 1. Januar 1918 = 1 905
Zugang 383
2 288
Abgang 125
Stand am 1. Januar 1919 = 2 163

Grötzingen, den 18. März 1920.

Der Vorstand: Jäck. **Der Rechner:** Gebhard.

Einige Pfd. **Feuerbohnen** hat zu verkauf Kratzmann, Kronenstr. 3 Auch sind Schlafstellen daselbst zu vermieten.

Eine brütende Gans oder **Truthuhn** wird sofort zu leihen gesucht. Angebote unter Nr. 411 an den Verlag d. Bl.

Reinliche ordentliche Frau oder Mädchen z Beihilfe im Haushalt für 2—3 Nachmittage in der Woche gesucht Näheres bei Schultz, Schlößle 1.

Eine Grube Dung zu verkaufen Pfinzstraße 71.

Größerer Posten **Bohnenstecken** zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 412 an den Verlag d Bl.

Guterh. Nähmaschine zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter Nr 409 an den Verlag

Ein ▭ Zimmertisch, sowie ein schönes Bild (Schweizer Landschaft) preiswert zu verkaufen Auerstr 15 I.

Ein Liebling der Frauen
der Favorit-Schnitt!
Er ist auch einzig!
H. Holtermann
Hauptstr. 50.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben unvergeßlichen Gatten, unsern lieben guten Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager

Herrn Wilh. Kappler

Architekt

am Dienstag abend 9 Uhr nach langem schweren und mit großer Geduld ertragenem Leiden im Alter von nahezu 30 Jahren in die ewige Heimat abzurufen.

Durlach, den 7. April 1920.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Frida Kappler, geb. Kiefer.
Familie Wilhelm Kappler.
„ Adam Kiefer.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 3 Uhr statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste unserer lieben Entschlafenen

Madalene Klotz

sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank Herrn Stadtpfarrer Wolfhard für die vielen Krankenbesuche, sowie die trostreiche Grabrede, den Schwestern vom Städt. Krankenhaus für ihre liebevolle Pflege, sowie allen denen, die sie zur letzten Ruhestätte begleiteten.

Durlach, den 6. April 1920.

Die trauernden hinterbliebenen Kinder nebst Verwandten.

Kaufmännisch. Verein Durlach

eingetragener Verein.

Einladung.

Am kommenden Donnerstag, den 8. April 1920 abends 8 Uhr im Gasthaus zum Pflug:

Vortrag mit Lichtbildern

über: „O Schwarzwald, o Heimat" von Herrn Hans Hugel aus Karlsruhe.

Unsere werten Mitglieder sind zu diesem Vortrage freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Deutsche demokratische Partei Durlach.

Am Freitag, den 9. April, abends 8 Uhr, findet im Hotel „Karlsburg" oberer Saal

Mitgliederversammlung

statt. Unbedingtes Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist notwendig.

Der Vorstand.

Wieder eingetroffen!

Offeriere nur solange Vorrat die bekannten bezw. beliebten

modernen starken Betten

und Einzelbetten

z. T. aus Buchenholz mit prima Patentrost und starken Stoff-Wollmatratzen mit Schoner.

Gesamtpreis für 2 kompl. Betten Mk. 2000.—

Eugen Schaeffer,
Hauptstr. 81. Tel. 482.

Bestellungen auf

Hindenburg
Aus meinem Leben

nimmt entgegen

Ferd. Metzler Nachf.
Hans Beyer
Buchhandlung Durlach. Hauptstr. 4.

Handkäse

sind frisch eingetroffen bei

Gottfried Hauck
Hauptstraße 19. Telephon 332.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Eigenvermögen mit Reserven 57 Millionen Mark.

Depositenkasse DURLACH, Hauptstrasse 32.

Wir bewilligen kulant Bankkredite in jeder Höhe und gewähren auch an Private Darlehen gegen Hinterlegung von Wertpapieren wie Kriegsanleihen, Hypothekenbank-Pfandbriefen, Städteanleihen, Actien, Versicherungspolicen etc.

Eine bindende Mitgliedschaft existiert bei uns in keinem Falle und dadurch auch keine Haftpflicht.

Strengste Verschwiegenheit in allen Geschäftsangelegenheiten.

Fritz Kraus Nachfolger, Durlach

Inhaber: Otto Zachmann

Schillerstraße 6 **Buchbinderei** beim Gymnasium

Ich empfehle mich in exakter und sauberer Ausführung aller in mein Fach einschlagenden **Buchbinder-Arbeiten.**

Einbinden von Geschäftsbüchern, Zeitschriften, Gesetzblättern, Gemeinderechnungen, Sparkassenbüchern, Liebhaberbänden, Bibliotheksbüchern, Halb- u. Ganzleinen, Halbleder, Halbfranz, mit Marmor und Goldschnitt.

Liederkranz Durlach.

Donnerstag abd punkt 8 Uhr **Singstunde** für gemischten und Männerchor. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Demokratischer Verein Durlach.

Morgen Donnerstag abend 8 Uhr **Zusammenkunft** im Lokal (Karlsburg).

Der Vorstand.

F.C. Germania 1902 Durlach, e. V.

Donnerstag, den 8 April, abends 5½ Uhr:

Auswahlspiel

Ligamannschaft gegen A-Mannschaft auf dem K. F.-V.-Sportplatz.

Samstag, den 10. April abends 7½ Uhr:

Spielerversammlung

im Schwanen, wozu sämtliche Spieler eingeladen werden.

Der Vorstand.

Wer macht's?

Heute abend punkt ½8 Uhr:

Versammlung

im Lokal (Pflug).

Jedes Mitglied hat zu erscheinen.

Der ws's macht.

Baumwolle

in schwarz und braun sowie schwarzwollene

Herrensocken

empfiehlt

Aug. Goldschmidt Wtw.
Pfinzstraße 17.

Breisgauer Mostansatz

empfiehlt vorteilhaft

Jul. Schaefer
Blumen-Drogerie.

Evangel. Gottesdienst.

Donnerstag, den 8. April abends 8 Uhr:
Wochengottesdienst:
Herr Stadtpf. Wolfhard.

Säuglingsfürsorge

Unentgeltliche ärztliche Beratungsstunde f. Säuglinge und Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr.
Durlach, Ettlingerst. 4
Donnerstag, 8. April, ½3—4 Uhr nachmitt.

Zylinderhut

(Haarfilz), Gr. 58, preiswert zu verkaufen
Grötzingerstr. 18 III r.

Ein noch nicht getrag. Sommerhut für junge Frau und Zylinderhut billig zu verkaufen
Gartenstr. 47, 4 St.

2 neue polierte Betten

mit Rost und Matratze zu verkaufen. Zu erfrag. im Verlag.

Guterhaltene **Schneidermaschine** zu verkaufen
Wilhelmstr. 5, 4 St.

1 Herren-Fahrrad o. Gummi, 1 Grammophon m. Platten, alles gut erh., gegen Lebensmittel umzutauschen
Auerstraße 17, 2. St.

Chiker Damenhut

billig zu verkaufen
Waldhorn, 3 St. l.

Ein neuer Bortenhut

(blau) zu verkaufen
Friedrichstr. 2 II.

Ein schwarzer Rock mit Weste für mittlere Figur ist preiswert zu verkaufen
Wilhelmstr. 5, 3 St. l.

Ein Stamm gesägte 30 mm-**Birnbaum-Dielen** zu verkaufen
Kelterstr. 17, 1. St.

Möbliertes Zimmer

sofort gesucht. Angebote unter Nr. 410 an den Verlag d. Bl.

Künstler-Oelfarben
Studien-Oelfarben
Aquarellfarben

empf.

Julius Schaefer
Blumen-Drogerie.

Zigarren

von 580—1500 ℳ pro Mille,

Zigaretten

von 160—370 ℳ pro Mille, jedes Quantum. Nur gute Ware.

Emil Fischer, Durlach,
Lußstraße 7.

Schönschreiben, Rechtschreiben
Rundschrift — — Gedächtnislehre

Tages- und Abendkurse für Damen, Herren und Kinder

Nachhilfe für Schüler und Schülerinnen.

BEATRICE AUTENRIETH
OTTO AUTENRIETH
staatl. gepr. Lehrer der Stenographie
Grötzingerstraße 21 III.

Einige Waggon

Dickrüben

sofort abzugeben, per Zentner 10 ℳ

Hermann Fehrenbach, Aue
Telephon 329.

Die Reise um die Erde in 80 Tagen!

8 Akte.

Meiner werten Kundschaft in Stadt und Land zur Kenntnis, daß ich ab 1 April

Wilhelmstraße 5

wohne.

Bruno Weymer
Maschinenöl- und Fettwaren-Handlung
Bürsten- und Besenlager
Telephon 301.

Union-Theater
Hauptstr. 51
Telefon 180

vornehmstes Lichtspielhaus am Platze

Spielplan von Mittwoch, 7. bis Freitag, 9. April
Zwei erstklassige Kunstschöpfungen des modernen Weltmarkts.

2. Abenteuer des bekannten Fred Roll in dem spannenden Detektivroman

Der Sekretär des Gummikönigs

in 4 Akten.

Ferner das tolle Lustspiel

Auf Abwegen

in 3 Akten.
Hauptdarsteller Kurt Wolfram Kießlich.

Außerdem Einlage.

Kassenöffnung 5½ Uhr nachmittags.
Musikalische Illustration.

Eldorado E. L. Lichtspiele

Aeltestes und größtes Theater am Platze

Spielplan vom 7.—9 April:

Hilmi Paschas Abenteuer

Eine Haremsgeschichte in 5 Akten.

Hauptdarsteller:
Lia Land, Varietetänzerin . . Delly Delly vom Hoftheater Athen
Fritz Rötger, der singende Pierrot W. Godlewski
Hilmi Pascha . . . Ludwig Herold Wiener Bürgertheater

Professor Bartons Erfindung

Detektiv-Drama in 4 Akten
Fred Horst . . . Bruno Eichgrün

Verstärktes Orchester.

Kinderschule, Schloßstraße.

Wiederbeginn am Montag, den 19. April. Anmeldungen nehmen die Schwestern in der Schule entgegen.

Das Schulgeld ist neu festgesetzt und beträgt für 1 Kind wöchentlich 50 ₰, für 2 Kinder derselben Familie wöchentlich 80 ₰, für 3 Kinder derselben Familie wöchentlich 1 ℳ.

Der Vorstand.

Beste handhabungssichere

Sprengstoffe
Sprengkapseln u
Zündschnüre

zum Sprengen von Baumstumpen.

Pulverfabrik Ettlingen (Ba
Telephon 8.